

KTZ, 28.7.2009

Ein vernichtendes Urteil für Finanzpolitik

Rechnungshof nahm Landesfinanzen des Jahres 2007 unter die Lupe und zerpflückte in Rohbericht die Politik. Für das Budget 2009 kommt die Kritik der Prüfer aber zu spät.

VON MARKUS KAUFMANN

KLAGENFURT. Ein erschreckendes Bild zeichnet der Rechnungshof von der Finanzgebarung des Landes im Jahr 2007. Die Prüfung des Rechnungsabschlusses ergab, dass Schulden verschwiegen wurden, nur ein Millionen-Kredit die Liquidität des Landes retten konnte, die Zahl der Dienstzettler explodiert ist und der Stabilitätspakt verfehlt wurde. Außerdem wurden im Landtag falsche Zahlen vorgelegt und beschlossen! Hinzu kommt, dass die Koalition das Budget 2009 in Windeseile durchgeboxt und die Prüfer damit ignoriert hat. Auch damit wird sich heute der Kontrollausschuss des Landtags befassen.

Teurer Immobiliendeal

* Als großer Wurf wurde 2001 der Verkauf der landeseigenen Liegenschaften an die Landesimmobiliengesellschaft präsentiert. 113,58 Millionen spülte der Deal in die Landeskasse. Laut Rechnungshof hat das Land bis einschließlich 2007 aber 60,48 Millionen Euro an Miete gezahlt. Das entspricht rund 53,2 Prozent der Erlöse. Die Mietausgaben steigerten sich gegenüber dem Vorjahr um rund 6,4 Prozent, geht aus dem Bericht der Prüfer hervor. Allein die Anmietung der Amtsgebäude verschlang 2007 rund 4,6 Millionen Euro, die Berufsschulen und Landwirtschaftlichen Fachschulen schlugen mit 2,8 bzw. 2,7 Millionen Euro zu Buche.

* Das bedeutet, dass spätestens im Jahr 2013 die angefallenen Kosten für Mieten höher sind, als der Verkauf 2001 eingebracht hat.

Kredit als letzter Ausweg

* Dass es um die Finanzsituation des Landes bereits 2007 nicht gerade gut bestellt war, ist bekannt. Wie der Rechnungshof jetzt aufdeckte, wurde es aber besonders knapp. Zur Aufrechterhaltung der Liquidität (...) wurde kurzfristig eine Barvorlage in Höhe von drei Millionen Euro aufgenommen, so die Prüfer.

* "Deutlich verfehlt" wurde laut Rechnungshof im Jahr 2007 auch der Stabilitätspakt. Zwar ergibt sich nach der Berechnungsmethode des Landes ein Finanzierungssaldo von plus 40,27 Millionen Euro, die Berechnungsmethode der Statistik Austria weist aber ein Minus von 52,56 Millionen aus. Die Differenz in Höhe von 92,8 Millionen Euro ergibt sich daraus, dass die Zuflüsse aus dem Zukunftsfonds von der Statistik Austria nicht als Maastricht-wirksame Einnahmen bewertet werden. Das Land ist freilich anderer Meinung ...

Personalkosten explodiert

* Geradezu explodiert sind im Jahr 2007 die Zahl der freien Dienstnehmer. Das Plus beträgt stolze 84,7 Prozent. Die Kosten sind damit von 440.000 Euro auf rund 810.000 Euro angestiegen. Bei den sogenannten Dienstzettlern beträgt das Plus immerhin 9,3 Prozent. Statt 7,8 Millionen im Jahr 2006 musste das Land rund 8,6 Millionen berappen. Laut Landesrechnungsrechnungshof haben sich die Kosten für diese Beschäftigungsverhältnisse seit dem Jahr 2001 fast verdreifacht. Damals machten die Ausgaben für "Freie" und "Dienstzettler" "nur" 3,4 Millionen Euro aus.

* Die Prüfer stehen dieser Entwicklung skeptisch gegenüber: Der LRH weist auf die arbeitsrechtliche und anstellungsrechtliche (Nichtanwendung der Objektivierungsregelung) Problematik hin und empfiehlt entgegengusteuern.

Falsche Rechnungen

* Mit dem Rechnungsabschluss des Jahres 2007 nahm es der BZÖ-Finanzreferent Harald Dobernick offenbar nicht allzu genau. Der Bericht, der im Landtag vorgelegt und beschlossen(!) wurde, war

nämlich falsch. Der Rechnungshof hält im Bericht fest: Die Bilanzdaten des Rechnungsabschlusses 2007 (Bilanzsumme 7,381.418.662 Euro) divergieren mit den Anfangsbeständen des Rechnungsabschlusses 2008 (Bilanzsumme 7,376.222.844 Euro). Ebenso stimmt der Anfangsbestand per 1. 1. 2007 mit dem Endbestand des Abschlusses 2006 nicht überein. * Insider berichten, dass dem Rechnungsabschluss zwar ein Korrekturblatt beigelegt werden sollte, dies sich aber zeitlich nicht mehr ausgegangen sei. Bekanntlich wurden die Abschlüsse 2006, 2007 und 2008 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion durchgewunken.

Schulden verschwiegen

* Schulden, die im Jahr 2007 für die Vorfinanzierung von Straßenbauvorhaben gemacht wurden, scheinen in dem Rechnungsabschluss überhaupt nicht auf. Konkret geht es um eine Summe in Höhe von 13,67 Millionen Euro. Das Geld soll in den Bau der Umfahrungen von Völkermarkt und Bad St. Leonhard geflossen sein. Laut dem Rohbericht des Rechnungshofes wurden die Verbindlichkeiten den "nicht fälligen Verwaltungsschulden" zugeordnet: Sie weisen Merkmale einer Finanzschuld auf, fanden jedoch in der Neuverschuldungsermittlung keine Berücksichtigung. * Der Schuldenstand des Landes ist im Jahr 2007 von 1,34 Milliarden Euro auf 1,54 Milliarden gestiegen. Wird die Entwicklung im außerordentlichen Haushalt einbezogen, beträgt die Erhöhung 1,31 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Im Budgetplan 2005/2009 war von 0,4 Prozent die Rede.

KOMMENTAR VON MARKUS KAUFMANN

Eine Finanzpolitik zum Genieren

Anstatt von einem Fest zum nächsten zu düsen, sollte sich so mancher Landespolitiker in seinem Regierungskammerl verstecken und sich in Grund und Boden genieren. Was der Rechnungshof jetzt über die Finanzgebarung des Landes im Jahr 2007 aufgezeigt hat, lässt einem kalte Schauer über den Rücken laufen.

Da werden dem Landtag falsche Zahlen vorgelegt, Millionen-Schulden einfach verschwiegen, trotz Spar-Parolen massenhaft Dienstzettler eingestellt und Kredite aufgenommen, weil die Liquidität des Landes sonst nicht mehr gewährleistet gewesen wäre.

Auch die Finanzsünden von einst kommen zum Vorschein - wie der Verkauf der landeseigenen Liegenschaften an die Landesimmobiliengesellschaft 2001. 113 Millionen Euro hat das Land lukriert, bis 2007 aber über 60 Mille an Miete gezahlt. 2013 kostet die Geldbeschaffung mehr, als der Verkauf einbrachte. Diese Glanzleistung sollte unbedingt eine Würdigung im geplanten Haider-Museum erfahren.

markus.kaufmann@ktz.at